



Was auf uns zukommt und warum wir uns dagegen wehren müssen

Politiker*innen um Kanzlerkandidat Friedrich Merz und große Konzerne planen einen massiven Angriff auf unsere Sozialleistungen und Arbeitsrechte. Was ist geplant? Weniger Geld für den Soziales, das Ende des Acht-Stunden-Tags mit der Folge von längeren Arbeitstagen, weniger Lohn im Krankheitsfall, weniger Rechte für Streiks, strengere Regeln für Arbeitslose, rassistische Migrationsgesetze – und noch mehr. Schon jetzt verlieren viele Arbeitende ihren Job, und es sieht nicht so aus, als würde das bald aufhören.

Der frühere Kanzler Scholz hat gesagt, dass eine neue Zeit begonnen hat – er nannte das „Zeitenwende“. Das hat dazu geführt, dass Deutschland so viel Geld für die Bundeswehr ausgibt wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Was bedeutet diese „Zeitenwende“? 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Und jetzt noch mehr: Die Ausgaben für das Militär sollen nicht mehr durch die Schuldenbremse aufgehalten werden können, damit noch mehr Geld – hunderte Milliarden – für Waffen und Kriegsmaterial ausgegeben werden kann.

Ein Sondervermögen von über 500 Milliarden Euro wurde versprochen – angeblich für Infrastruktur. Das sollte die Chef*innen der DGB-Gewerkschaften dazu bringen, der Aufrüstung zu zustimmen. Das haben sie auch gemacht. Aber es ist nicht klar, wofür dieses Geld genau verwendet werden soll. Viele haben Angst, dass es – wie Merz mal gesagt hat – vor allem für den Bau von kriegswichtigen Straßen und Bahnstrecken in Richtung Osten genutzt wird. Gleichzeitig wird bei wirklich wichtigen Dingen gespart: in der Bildung, im Gesundheitswesen und bei der sozialen Versorgung. Krankenhäuser sollen für den Krieg vorbereitet werden, aber das Pflegepersonal bekommt keine besseren Arbeitsbedingungen. Schulen zerfal-

len, Pflegeheime müssen schließen. Für den Krieg gibt es immer Geld, für Gesundheit, Bildung und Soziales dagegen kaum. Und wer soll das alles am Ende bezahlen? Wir – die arbeitenden Menschen. Uns sagt man, wir sollen „verzichten“, damit Deutschland bereit für den Krieg wird.

Aufrüsten für die Demokratie?

Während wir immer mehr Geld sparen sollen – angeblich für den Krieg – wird gegen Menschen, die gegen den Krieg sind, immer stärker öffentlich gehetzt. Wer sich z. B. dagegen ausspricht, dass deutsche Waffen in Gaza eingesetzt werden, wird abgeschoben. Die Polizei geht gewaltvoller gegen Antikriegsdemonstrationen vor. Und jetzt soll sogar ein neuer Absatz in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst aufgenommen werden: Azubis sollen nur dann übernommen werden, wenn sie sich zweifelsfrei zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ bekennen. Das zeigt: Bei dieser Aufrüstung geht es wohl kaum um unsere Freiheit – denn genau diese wird durch solche Maßnahmen immer mehr eingeschränkt.

Aufrüstung schützt nicht

Mal abgesehen davon, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass Russland – das es seit Jahren nicht schafft, den Krieg in der Ukraine zu gewinnen – plötzlich schnell bis nach Deutschland kommt, wird die Gefahr eines großen Krieges trotzdem größer. Denn: Mehr Waffen schaffen nicht mehr Sicherheit, sondern eine Eskalationsspirale. Es wird immer gesagt, die Demokratie müsse verteidigt werden, aber in Wirklichkeit wird sie Stück für Stück abgebaut. Je mehr aufgerüstet wird, desto größer wird die Kriegsgefahr – und sinkt nicht wie behauptet – gerade weil Län-

der wie Deutschland und die EU selbst wirtschaftlich und militärisch mitmischen wollen.

Und: Wer über die Rückkehr zur Wehrpflicht redet, plant wohl auch, junge Menschen – unsere Kinder – wieder in den Krieg zu schicken.

Die meisten Menschen wollen einfach nur in Frieden leben und genug zum Leben haben. Das größte Risiko dafür ist aber nicht ein Feind von außen – sondern dass unsere Rechte und unsere soziale Sicherheit von innen abgebaut werden, um den Interessen großer deutscher Unternehmen zu dienen. Man sieht: Aufrüstung wirkt auch nach innen. Weil angeblich eine große Bedrohung von außen besteht, sollen alle „gemeinsam für die Nation“ zurückstecken. Aber verzichten sollen natürlich vor allem die, die sowieso schon wenig haben. Das haben wir z. B. bei den letzten großen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst gesehen. Da wurde gesagt, die Gewerkschaften dürften keine zu hohen Lohnforderungen stellen, weil es jetzt um Demokratie und Freiheit gehe.

Der neue deutsche Militarismus bedeutet also: Die arbeitenden Menschen sollen diszipliniert werden. Dafür wird überall gespart – bei Dingen, die für unser (Über)Leben wichtig sind: beim Bürgergeld, bei psychosozialen Beratungsstellen, Schulsozialarbeit, Klassenfahrten, bei Hilfe für Familien, und vielem mehr – alles Mögliche wird gestrichen.

Spaltung

Gleichzeitig wird uns erzählt, dass Menschen, die vor Krieg fliehen, uns hier etwas wegnehmen würden. Doch das stimmt nicht. Stattdessen macht die Regie-

rung immer mehr rassistische Gesetze und baut das Recht auf Asyl weiter ab. So lenkt sie davon ab, dass sie selbst es ist, die unsere Rechte und Sicherheit angreift – nicht die Geflüchteten. Wenn Flucht und Migration als „illegal“ erklärt werden, hält das Menschen nicht davon ab zu kommen – aber es macht ihre Lage hier viel schwerer. Außerdem werden Geflüchtete danach sortiert, ob sie für deutsche Firmen nützlich sind. Das führt dazu, dass viele migrantische Menschen Jobs unter noch schlechteren Bedingungen und für weniger Lohn machen müssen als andere.

Was tun?

All das zeigt: Es geht gerade um alles. Zum Beispiel, wie die großen Tarifverhandlungen ausgehen und wie über ihre Ergebnisse entschieden wird. Das hat Einfluss darauf, welche Rolle die Gewerkschaften in Zukunft spielen werden. Wichtig ist auch, wie die Gewerkschaften sich zu den Angriffen auf unser Leben, unsere sozialen Rechte und unsere Demokratie verhalten:

- Unterstützen sie die historische Aufrüstung der Regierung?
- Helfen sie mit, Deutschland auf dem Rücken der Beschäftigten wettbewerbsfähig zu machen?

ODER

- setzen sie sich konsequent für die Interessen der Arbeitenden ein?
- Entwickeln sie eine eigene Strategie, um für bessere Löhne und Bedingungen zu kämpfen
- unabhängig von der Regierung und ohne gemeinsame Sache mit den Chefs zu machen?

14. Mai 2025 um 18 Uhr

Ort wird noch bekannt

gegeben unter:

www.netzwerk-verdi.de

**„Berliner Versammlung
gegen Aufrüstung“ und**



Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische

